

Resolution der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg

Wir wollen unser Geld zurück!

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg fordert eine Auszahlung des in den vergangenen Jahren erbrachten „Sparbeitrages“ der Vertragsärzte zur Sanierung der Finanzen der Krankenkassen. Nach Berechnungen der KV sind den Hamburger Ärzten und Psychotherapeuten in den vergangenen fünf Jahren im Vergleich zur Bundesentwicklung rund 50 Millionen Euro vorenthalten worden. Nachdem die Kassenfinanzen nun ganz offensichtlich keine Sanierung benötigen, fordert die VV die Auszahlung dieses Betrages.

Begründung:

In 2008 wurde den Vertragsärzten angekündigt, die Honorarbudgets seien beseitigt und die Honorarentwicklung werde sich nur noch nach der Morbiditätsentwicklung bemessen. Ein Jahr später wurde diese Zusage zurückgenommen und das alte Budget – rückwirkend! – wieder hergestellt. In 2010 wurde den Vertragsärzten durch das „GKVFinG“ ein Sparbeitrag zur Sanierung der Finanzen der Krankenkassen auferlegt, da Politik und Wissenschaft den Kassen ein Defizit in Milliardenhöhe vorausgesagt hatten. Die Honorarentwicklung wurde willkürlich festgesetzt und fing noch nicht einmal die Steigerung der Inflationsrate auf. Dieses Spardiktat gilt für 2011 und 2012. Verschärft wurde diese Entwicklung durch eine eklatante Benachteiligung der KV Hamburg im Rahmen der „asymmetrischen Verteilung“ und des „Fremdkassenzahlungsausgleichs“.

Nun stellt sich heraus, dass die Krankenkassen nicht nur ein Defizit vermeiden konnten, sondern sogar einen Überschuss in zweistelliger Milliardenhöhe erwirtschaftet haben. Nach Voraussagen von Gesundheitsökonomen wird es auch in 2012 und 2013 Überschüsse geben. Angesichts dieser Entwicklung ist es legitim, einen Sparbeitrag zurückzufordern, der ganz offensichtlich gar nicht nötig war. Bereits im vergangenen Jahr hat die KV Hamburg eine Berechnung vorgelegt, wonach sich der Abstand der morbiditätsorientierten Gesamtvergütung von Hamburg zum Bundesdurchschnitt in den vergangenen fünf Jahren auf rund 50 Millionen Euro summiert hat. Dieses Geld muss nun zur Versorgung der Hamburger Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Hamburg, 16. Februar 2012